

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Aus der Vergangenheit müssen die Kräfte für die Zukunft geschöpft werden

Konstanten im Wandel – Selbstverständnis von Staat, Gesellschaft, Monarchie und Kirche in der heutigen Zeit – Gedanken zum Staatsfeiertag von Reg.-Chef-Stv. Dr. Herbert Wille

Wir werden immer mehr gewahr, dass vieles innen- und aussenpolitisch in Bewegung geraten ist. Die Veränderungen rücken in Augenblicken, in denen man Staatsanlässe wie den Staatsfeiertag begeht, in den Blickpunkt, da man sich anders als sonst, d.h. bewusster mit dem Staatswesen befasst, in dem man lebt und arbeitet.

Man braucht es nicht eigens zu betonen – vielerorts ist es zu hören oder zu lesen –, dass sich Europa in Aufbruchstimmung befindet. Das bedeutet viel Unruhe für ein kleines Land, das in staatlichen Dimensionen gerechnet, die Wohlfahrt und den Wohlstand erst kurze Zeit kennt. Sie wurden in den 50iger Jahren errungen und mussten erarbeitet und erdauert werden. Verständlich, dass man sie nicht aufgeben möchte. Wir sind auf den ersten Blick reicher und wohlhabender als andere Staaten, wenn man das «Wohlfahrtsgebilde» nicht hinterfragt und die dadurch gegebene Auslandsabhängigkeit ausser acht lässt. Unverständlich, dass Europa uns nur zu «Verlierern» machen könnte.

Selbstzufriedenheit führt in die Defensive

Die Unruhe hat auch ihr Gutes, denn die Selbstzufriedenheit, zu der wir hinneigen, würde in die Defensive führen, wo doch Selbstbehauptung gefragt ist, die verlangt, die Zukunft in Angriff zu nehmen. Ohne die Verhandlungen über die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes hätten wir wohl nicht die Zeit und die Kraft gehabt, das zu tun, was zum Fortbestand unseres Landes aus innerer Notwendigkeit getan werden muss, nämlich dem Ganzen mehr Gewicht zu geben als den Besonderheiten.

Wir konstatieren, dass gewisse Denkweisen überholt sind, dass Schwachstellen zu beheben und strukturelle Mängel in Frage zu stellen sind, kurz gesagt: dass wir die nötigen Schritte in die «Zeit» hinein entweder unterlassen oder sie nicht rechtzeitig getan haben. Es sind vielerlei Ansätze nötig, denn die auseinanderstrebenden Interessen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zeigen sich in vielen Schattierungen und Bereichen.

Folgen anhaltender Individualisierung

Auch ohne diese Veränderungen, die in der politischen Diskussion als «Europafähigkeit» bezeichnet werden, besteht von Zeit zu Zeit Anlass, offen und selbstkritisch Themen, die Land und Leute betreffen, auf den Grund zu gehen. Historisch gewachsene Strukturen und Mentalitäten müssen im Lichte der jeweiligen Gegenwart immer wieder neu durchdacht auf ihre Kehrseiten und auf ihre weitere Tauglichkeit hin überprüft werden. Die Zukunft unseres Landes liegt wohl kaum in der blossen Fortschreibung der Vergangenheit. Denn sicher ist, dass das Liechtenstein von heute keinesfalls das Liechtenstein von morgen sein kann. Die Eckwerte unserer staatlichen Gemeinschaft beruhen auf Voraussetzungen und Umständen, die sich in jüngster Zeit stark gewandelt haben. Dies betrifft insbesondere auch die Monarchie und die Diözesankirche.

Gesellschaftlich spüren wir die Folgen schon lange anhaltender Individualisierung. Wir sind konfrontiert mit einem Schwund an Gemeinsinn, der allzu sehr durch Einzel- oder Gruppeninteressen

untergraben und ausgehöhlt wird. Unser Wohlstand ist nicht mehr selbstverständlich und nicht mehr unbestritten. Wachstumskritische Vorbehalte haben sich – hier wie andernorts – mental wie politisch in den Vordergrund geschoben.

Es genügt nicht, sich aufzumachen und im Rückblick auf eine Vergangenheit sich seiner sicheren Wurzeln zu vergewissern, denn bei der Suche nach unseren Leitwerten stellen wir schnell einmal fest, dass wir nicht sicher sind, welche wir für uns beanspruchen. Eines wird uns aber bewusst, dass Lage und Standort unseres Landes nicht mehr die sind, die sie früher waren. Sie liegen offen; wir müssen sie daher selber bestimmen. Unser Land muss selber eine Rolle übernehmen, ist nicht mehr wie früher eingebettet in einem Vertragsnetz mit der Schweiz, in einer «Festung», die vorgegeben war und den Entscheid abgenommen hatte.

Staatspolitische Erneuerung wird verlangt

Früher war es ein Zustand, der uns umfing, heute ist es eine Rolle, die wir innehaben und spielen müssen. Es geht um die Integration in einen viel grösseren Raum, der Europafähigkeit voraussetzt und der uns eine staatspolitische Erneuerung abverlangt. Zur Debatte steht die Neubestimmung auf das wirklich Wesentliche und Unabdingbare, die mehr sein muss als lediglich die Bestätigung des heute Selbstverständlichen. Zum Morgen gehört der Mut, auch Unfertiges und Unbekanntes in Betracht zu ziehen, die Grundlagen eines neuen Selbstverständnisses des staatlichen Gemeinwesens werden können.

In dieser Herausforderung, die unser Verhältnis zur Aussenwelt anbetrifft, kann es nicht überraschen, dass Orientierungsschwierigkeiten eintreten, nachdem bisher Gültiges oder Wohlgeordnetes fragwürdig und brüchig geworden sind. Alte Wegweiser werden richtungslos, neue sind noch nicht erstellt. Viele Meinungen und Interessen, auch kontroverse und gegenläufige, werden um die Zukunft des Landes konkurrieren. Der Suchprozess ist mühsam, langwierig und unruhig. Solche «staatliche» Wegstrecken sind zu gehen und der Druck auszuhalten, denn einen Ausstieg aus der Geschichte gibt es nicht. Als Richtschnur für die Erneuerung taugen weder der Bruch mit der eigenen Vergangenheit noch deren blosser Verteidigung. Denn so, wie man sein will, sich versteht und sich gibt, mit einem Wort: das Selbstverständnis, ist eine stete



Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zum Staatsfeiertag: «Wir konstatieren, dass gewisse Denkweisen überholt sind, dass Schwachstellen zu beheben und strukturelle Mängel in Frage zu stellen sind, kurz gesagt: dass wir die nötigen Schritte in die «Zeit» hinein entweder unterlassen oder sie nicht rechtzeitig getan haben.»

(Bild: Brigitt Risch)

Aufgabe, die man sich als politische Selbstverwirklichung zum Ziele setzt.

Nicht immer auf Eigenheiten berufen

Wir müssen heute vermehrt – ob wir wollen oder nicht – zur Kenntnis nehmen, dass wir uns nicht bei jeder Gelegenheit auf unsere Kleinheit und unumstösslichen Eigenheiten berufen und verlassen kön-

nen. Bisher war es eine unserer bei jeder Gelegenheit gezeigten Erwartungshaltung, dass man uns immer entgegenkommen kann, weil wir aufgrund unserer Kleinheit im grösseren Ganzen nicht ins Gewicht fallen. Mit einer solchen Einstellung laufen wir Gefahr, dass wir «gewichtslos» werden. Wir laufen auch Gefahr, dass wir nicht «da» sind, da wir

nichts, das es Wert wäre, ins «Gewicht» werfen und so zur blossen «Ausnahme» werden, für die es in einem grösseren Raum von Staaten keinen Platz hat, da das Gemeinsame überwiegen muss, aus dem allein begründet für alle – ob gross oder klein – Rechte und Pflichten abgeleitet werden können.

Sich auf die eigene Kraft und das Können zu besinnen und wo es notwendig ist, von andern zu lernen, ist gefragt. Dabei kommt es darauf an, wie unser Land mit den Veränderungen, mit denen es sich zusammen mit anderen Staaten auseinandersetzen muss, umzugehen weiss. Die europäische Herausforderung zwingt uns, Tagesereignisse auf weitere Zeiträume zu beziehen und einen zusätzlichen Massstab an die Probleme und Lösungen zu legen. Diese Auseinandersetzung mit unserem Staat kann der Bereitschaft förderlich sein, Ballast abzuwerfen und dazu beitragen, den Bestand des Staates in seiner Geschichte etwas mehr nicht nur als Last, sondern dafür auch als Verpflichtung zu empfinden. Dies hiesse dann, aus der Vergangenheit Kräfte für die Zukunft zu schöpfen.

Monarchisch demokratische Staatsform auf dem Prüfstand

Auch im politischen Innenverhältnis registrieren wir, dass wir es heute durch das neue Rollenverständnis des Fürsten mit anderen Wirklichkeiten und Befindlichkeiten der Monarchie zu tun haben. Die monarchisch demokratische Staatsform ist auf den Prüfstand geraten. Diese Frage kann aus der Diskussion nicht mehr «ausgeklammert» bleiben, nachdem sie der Landesfürst selbst gestellt und die beiden Staatselemente Monarchie und Demokratie in Konkurrenz zueinander gesetzt hat. Dadurch ist in der politischen Praxis die Diskussion über die Ausgestaltung der Monarchie – nicht über deren Bestand – in Gang gekommen. Eine Frage, die zwar auch bei der Verfassungsgebung 1921 aufgebrochen ist, die aber aus Gründen, die aus der damaligen Zeit zu erklären sind, nicht ernsthaft weiter verfolgt worden ist. So fanden nach wie vor Instrumente und Elemente einer spätabsolutistischen Epoche – sog. Vorrechte des Monarchen aus der Verfassung 1862 – Eingang in die heute geltende Staatsordnung. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der österreichisch-ungarischen Monarchie wollte man keinen Gedanken über eine mögliche Umgestaltung der Monarchie in eine Republik aufkommen lassen. Man wollte soweit wie möglich die «bisherige» Monarchie neben dem neuen Element der Demokratie bewahren und erhalten.

Monarchie als bewahrendes Element

Das Zusammenspiel von Monarchie und Demokratie, das ohne nähere Bestimmung geübt werden muss, gelingt in der Praxis nur, wenn der Fürst ausserhalb des politischen Geschehens steht und als Bewahrer auftritt. Es liegt diesem System die Idee zugrunde, dass der Fürst für das Staatsganze eintritt. Der Fürst ist nicht «Partei», wie dies bei politischen Gruppierungen und Interessenverbänden der Fall ist, und es kann ihm auch keine

(Fortsetzung auf Seite 3)

CH-Arbeitslosigkeit auf Sechs-Jahres-Höchst

Bern (AP) Die Arbeitslosigkeit ist im Juli in der Schweiz auf 1,2 Prozent gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit Februar 1985 erreicht. Zwar erwarten in einer AP-Umfrage weder das BIGA noch die Sozialpartner einen raschen Rückgang der Arbeitslosenzahlen, doch gibt es nach Einschätzung von Gewerkschaftsbundssekretär Fritz Leuthy auch «keinen Grund zur Panik».

Ende Juli waren in der Schweiz 37 540 Personen ohne Arbeit. Das sind 2287 mehr als im Juni und 21 467 mehr als im Juli 1990. Nachdem sich die Arbeitslosigkeit im Juni stabilisiert hatte, stieg sie im Juli damit über das saisonübliche Mass hinaus, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) am Dienstag mitteilte. Diese Entwicklung spiegelt die konjunkturelle Entwicklung, indem nun vom Baugewerbe aus die rezessiven Tendenzen auch andere Branchen erfassen hätten, erklärte der stellvertretende BIGA-Direktor Volker Kind auf Anfrage. Es sei nun wichtig, dass in den nächsten Monaten positive Konjunkturmeldungen eintrösten, damit nicht unkontrollierte Freisetzungen stattfänden. Er hoffe, dass die Arbeitslosenquote nicht wesentlich weiter steige, sagte Kind.

Farbbeilage zum Staatsfeiertag

Auch dieses Jahr enthält die Ausgabe zum Staatsfeiertag einen Farbbeil, der als VOLKSBLATT-Sondernummer gemacht wurde. Die Farbbeilage enthält zwei Schwerpunkte.

● In einem Interview mit Chefredaktor Günther Meier nimmt Fürst Hans-Adam II. Stellung zu liechtensteinischen und aktuellen europäischen Fragen.

● Walter Kranz, VOLKSBLATT-Mitarbeiter, beschreibt die Fürstlichen Besitzungen in Österreich.

● Fotograf Roland Korner konnte die fürstliche Familie im Sommerurlaub in Kalwang (Steiermark) fotografieren, während Beat Schurden den Fürsten beim Interview im Bild festhielt.

● Die Redaktion der Farbbeilage besorgte Martin Frommelt, gedruckt wurde die Farbbeilage im Lampert Druckzentrum AG Vaduz.

Für unsere Inserenten ergab sich erneut die Gelegenheit, auch vierfarbige Inserate aufzugeben.

UNO-Generalsekretär will Brücken bauen

Genf (spk/dpa) UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar will seine Bemühungen fortsetzen, einen umfassenden Austausch von Geiseln und Gefangenen im Nahen Osten zu erreichen. Der derzeitige Stand sei ermutigend, auch wenn es verfrüht sei, von einem «Fahrplan» für Freilassungen zu sprechen.

Die Haltung der Beteiligten sei jetzt grundsätzlich bekannt, sagte Perez am Dienstag in Genf. Seine Aufgabe sei es vor allem, die notwendigen Brücken zu bauen.

Am Montagabend hatte der Peruaner in einem zweistündigen Telefonat den iranischen UNO-Botschafter in New York, Kamal Kharrazi, um die weitere Unterstützung Teherans in der Geiselfrage gebeten. Am Mittwoch erwartet der UNO-Generalsekretär bei einem erneuten Treffen mit einem israelischen Emissär in Genf genaueren Aufschluss über die Haltung Israels.

Sein erstes Gespräch mit dem Libanon-Berater der israelischen Regierung, Uri Lubrani, sei konstruktiv gewesen und habe auch gezeigt, dass Israel wirklich interessiert sei, ihn in seiner schwierigen persönlichen Mission zu unterstützen, erklärte Perez.

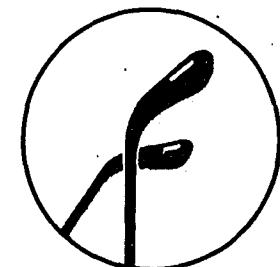
DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan – Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.



federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN

Jetzt auch im
Städtle-Markt · 9490 Vaduz
Telefon 075 / 2 82 02